Nummer 19 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentlich mit den illustrierten Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3.— Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Debczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 24. Januar 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen und Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühr 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Zahlung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 9703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Reichsetat 1928

Von J. Erling, M. d. R.

II.

Im Haushalt des Reichstags ist insofern eine wesentliche Erhöhung eingetreten, als durch den beabsichtigten Neubau für die Reichstagsverwaltung der erste Teilbetrag in Höhe von 1,2 Millionen Mark angefordert ist. Im Etat des Auswärtigen Amtes erfordern die ausländischen Vertretungen infolge der Beamtengehaltserhöhung und der Errichtung neuer Konsulate eine Mehrausgabe von mehr als 4 Millionen Mark. Ebenso soll der Geheimfonds für den Minister des Auswärtigen von 6 auf 7 Millionen Mark erhöht werden. An Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Auslande waren bis jetzt 1,3 Millionen Mark vorgesehen. Dieser Posten soll um 970 000 Mark erhöht werden. Die Kosten der Auslandsvertretungen haben jetzt eine Höhe von 33⅓ Millionen Mark erreicht, eine Summe, die außerordentlich hoch ist. Im Reichsministerium des Innern sind die Fonds für kulturelle Zwecke wieder in gleichem Umfange beantragt wie im vergangenen Jahr. Mehrere Positionen sind, wenn auch nur mäßig, noch erhöht worden. Die neugeschaffenen Prüfstellen für Schmutz- und Schundschriften kosten 348 000 Mark. — Für die kommenden Reichstagswahlen ist ein Betrag von 2 Millionen Mark vorgesehen. — Der Fonds für die Grenzgebiete ist in diesem Jahre nicht mehr vorhanden, so daß sich die Gesamtkosten dieses Ministeriums um rund 23 Millionen Mark vermindert haben und statt 64 nur noch 41 Millionen Mark erfordern. Ebenso ist der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete von 44 auf 11 Millionen Mark vermindert worden. Im wesentlichen geschah dies, weil der Betrag von 30 Millionen Mark, der im vergangenen Jahr zur Abdeckung nachträglicher Ruhrschäden bewilligt worden ist, in diesem Jahre fortfällt.

Im Etat des Reichswirtschaftsministeriums haben sich wesentliche Veränderungen nicht ergeben. Die Ausgaben sind um 2 Millionen Mark gestiegen. Für die Durchführung einer erweiterten Produktionsstatistik sind 360 000 M. und für die Durchführung neuer landwirtschaftlicher Erhebungen sind 31 400 Mark neu eingeführt worden. Der Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Landwirtschaft erfordert 1 128 500 Mark. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 828 500 Mark. Wesentliche Verschiebungen weist der Etat des Reichsarbeitsministeriums auf. Der Gesamtzuschuß des ordentlichen und außerordentlichen Etats belief sich 1927 auf 1027 und im kommenden Jahr nur noch auf 624 Millionen Mark. Dieser gewaltige Rückgang der Ausgaben ist auf die Schaffung der Erwerbslosenversicherung und auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Krisenunterstützung für Arbeitslose ist für das Jahr 1928 auf 100 Millionen angesetzt, während im vergangenen Jahr für die Zwecke der Erwerbslosenunterstützung 450 Millionen Mark vorgesehen waren. — Für allgemeine soziale Zwecke sind im Etat 300 Millionen vorgesehen, gegenüber 252 Millionen Mark von 1927. Der Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung für Stufungsbeiträge aus den Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 beläuft sich auf 74,1 Millionen Mark. Im Etat des R. A. M. ist der Betrag von 500 000 Mark, der zur Ausbildung von Arbeitern in den gesetzlichen Vertretungen bestimmt war, gestrichen worden. Ich habe volles Verständnis für Sparsamkeit im Etat, bin aber der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Summe auch im neuen Etat angefordert worden wäre. Ich nehme an, daß sich der Haushaltsausschuß nicht ohne weiteres mit der Streichung dieser Summe einverstanden erklären wird.

Die meist umstrittensten Etats sind die des R. A. M. und des Reichswehrministeriums. Bei den Ausgaben des R. A. M. sagen sozialreaktionäre Kreise, sie seien zu hoch. Gegen den Etat des Reichswehrministeriums werden die gleichen Vorwürfe von links erhoben. Der Gesamtausschuß bei dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt des Reichswehrministeriums beläuft sich in diesem Jahr auf 689 und im Jahre vorher auf 690 Millionen Mark, obwohl durch die Erhöhung der Gehälter für Offiziere und Mannschaften eine erhebliche Mehrausgabe entstanden ist. Neu angefordert ist der erste Teilbetrag für den Bau eines Linienschiffes in Höhe von 9,3 Millionen Mark. Der ganze Bau soll etwa 80 Millionen Mark kosten. Um diese Anforderung wird wohl noch heftig debattiert werden. Da bei den Sachausgaben Einsparungen erfolgten, erfordert der Gesamtetat insgesamt 1 Million Mark weniger als im Vorjahre.

Ein Etat, der dem Reiche nicht nur nichts kostet, sondern sogar noch einen Ueberschuß bringt, ist der des Reichsjustizministeriums. Die Einnahmen belaufen sich auf rund 15 Millionen Mark, die Ausgaben auf 13 Millionen Mark, so daß ein Ueberschuß von etwa 2 Millionen Mark vorhanden ist. Die wesentlichsten Einnahmen für das Reichsjustizministerium bringt das Reichs-Patentamt, so daß dieses Ministerium in der Lage ist, seine Ausgaben durch eigene Einnahmen zu decken. Die Beamten des Reichspatentamtes sagen, daß sie dem Reich Geld bringen, dafür aber nicht sonderlich gut behandelt würden. Die von den Beamten dieses Ressorts in den letzten Jahren vorgebrachten Klagen sind berechtigt. Im Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind wiederum wie im Vorjahre größere Beträge zur Förderung der Landwirtschaft angefordert. Ganz neu angefordert ist 1 Million Mark für die Bekämpfung der Schädlinge des Weinbaues und 7 Millionen zur Verbilligung des Zinssatzes für landwirtschaftliche Bodenverbesserung und zur Förderung der Milchwirtschaft. Der Etat des Reichsverkehrsministeriums betrug im Vorjahre 219 Millionen Mark und in diesem Jahre nur noch 197 Millionen Mark. In diesem Etat sind die großen Ausgaben enthalten, die das Reich für Kanäle, Wasserstraßen, Luftfahrt usw. ausgibt. Der Etat für Versorgung und Ruhegehälter, sieht, wie ich an anderer Stelle schon bemerkte, die große Ausgabe von 1 780 397 Mark vor. Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums steht einen Zuschuß von 434 Millionen Mark gegenüber 399 Millionen Mark des Vorjahres vor. Die Mehrausgaben sind eine Folge der Erhöhung der Beamtengehälter. Für Reparaturen und Neubauten gibt die Reichsfinanzverwaltung im Laufe des Jahres 4 Millionen Mark weniger aus als im Jahre vorher. Im Haushalt der Reichsschuld sind in diesem Jahr 75 gegen 64 Millionen im Jahre vorher für die Gewährung von Vorzugsrenten aus der Anleiheablösungsschuld des Reichs vorgesehen. Zur Einlösung der Auslosungsrechte des Anleiheablösungsgesetzes jedoch 269 gegenüber 292 Millionen Mark im Jahre vorher; der Ansatz im Vorjahre hat sich als zu hoch erwiesen. Der Gesamtzuschuß des Reichs bei diesem Etat beläuft sich nunmehr auf 479 Millionen Mark.

Im Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung sind für Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden 3 407 817 000 Mark vorgesehen. Es handelt sich um folgende Beträge:

Aus der Einkommensteuer	2 175 000 000 M.
Aus der Körperschaftsteuer	412 500 000 „
Aus der Umsatzsteuer	315 000 000 „
Ergänzungsanteile für 1927	15 500 000 „
Aus der Grunderwerbsteuer	38 400 000 „
Aus der Kapitalverkehrsteuer	10 000 000 „
Aus der Kraftfahrzeugsteuer	15 360 000 „
Aus der Rennwettsteuer	38 400 000 „
Aus der Biersteuer (Sonderentschädigung)	59 375 000 „
Für Zwecke polizeilichen Schutzes	190 000 000 „
An Oesterreich aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben	42 000 „
	3 407 817 000 M.

Diese großen Ueberweisungssummen zeigen, daß die Behauptung, das Reich habe den Ländern die Steuerquellen weggenommen, nicht zutreffend ist. Das Reich überweist den Ländern aus den obengenannten Steuern weit mehr als diese jemals in Friedenszeiten erhalten haben. Der Etat für die Kriegslast erfordert in diesem Jahr einen Zuschuß von nahezu eineinhalb Milliarden Mark gegenüber 1093 Millionen Mark im Jahre vorher. Die inneren Kriegslasten belaufen sich im Jahre [illegible] auf 207,77 Millionen Mark. An Reparationszahlungen hat das Reich zu leisten:

Aus dem Reichshaushalt	937,5	Millionen Mark
Aus der Beförderungsteuer	290,0	„ „
Aus der Verzinsung und Tilgung der deutschen Industrieverschreibungen	300,0	„ „
Verzinsung und Tilgung der deutschen Reichsbahnschuldverschreibungen	660,0	„ „
insgesamt also	2187,5	Millionen Mark

Im vergangenen Jahre mußten aus dem Reichshaushalt nur 529 Millionen Mark gezahlt werden; in diesem Jahr ist der Haushalt für Reparationslasten gezwungen, 408 Millionen Mark mehr aufzubringen. Wenn diese Mehrausgabe geleistet werden kann, so ist dies nur dadurch möglich, daß bei anderen Ausgabepositionen erhebliche Einsparungen gemacht werden. Insgesamt läßt sich sagen,

50000 Arbeiter ausgesperrt

Der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie — Die Auswirkung auf Sachsen

Magdeburg, 23. Januar.

Nachdem im Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie der Reichsarbeitsminister den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abgelehnt hat, beschloß der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller im weiteren Verlauf seiner Konferenz, die Aussperrung der Metallarbeiter auf ganz Mitteldeutschland auszudehnen. Die Aussperrung beginnt am Montag früh in Anhalt und soll bis zum Dienstag abend im ganzen Verbandsgebiet durchgeführt sein. Insgesamt werden von der Aussperrung rund 50 000 Metallarbeiter betroffen.

Riesa, 23. Januar.

Die Mitteldeutschen Stahlwerke geben Folgendes bekannt: Da die in den Stahl- und Walzwerken beschäftigten Arbeiter die Erfüllung des für verbindlich erklärten Schiedsspruches teils durch Ablehnung der im Rahmen des Schiedsspruches angeordneten Sonntagsarbeit teils durch Ablehnung der Leistung der einen Stunde täglicher Mehrarbeit verweigern, sehen wir uns außer Stande, unter diesen Umständen den Betrieb weiter fortzuführen. Wir entlassen hierdurch infolgedessen am 21. Januar 1928 vormittags 6 Uhr alle diejenigen Arbeiter, die in der oben geschilderten Weise die Erfüllung des für verbindlich erklärten Schiedsspruches verweigern, fristlos und zwar wegen ungerechtfertigter beharrlicher Verweigerung der Pflichten aus dem Arbeitsvertrage (§ 123 Abs. 1, Ziffer 3 der Gewerbeordnung). **Gleichzeitig werden alle übrigen Arbeiter entlassen. Weiter beschäftigt werden nur die zu Notstandsarbeiten benötigten Leute.**

*

Die Verbindlichkeitserklärung des seinerzeit für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällten Schiedsspruches ist bekanntlich vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Bereits im Laufe der vergangenen Woche war ein Teil der Magdeburger Metallarbeiter in Streik getreten. Durch die nunmehr erfolgte Gesamtaussperrung hat die Lage eine Verschärfung erfahren. Von der Aussperrung werden mehr als 50 000 Metallarbeiter betroffen; berücksichtigt man deren Angehörige, so ist eine Schätzung von insgesamt 200 000 Personen, die von dem Arbeitskampf berührt werden, eher zu gering. Es ist bedauerlich, daß es zu einer solchen Zuspitzung gekommen ist, sowohl im Interesse der davon unmittelbar Betroffenen wie der Gesamtheit überhaupt. Wohl vermag der durch die Stillegung der Produktion erfolgende Ausfall von den Industrien anderer Bezirke ausgeglichen zu werden. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, daß vor allen Dingen bei längerer Dauer des Arbeitskampfes die gesamte Wirtschaft sehr nachteilig beeinflußt werden kann. Wir hoffen, daß von allen Beteiligten das Möglichste getan wird, recht bald zu einer auch für die Arbeiterschaft befriedigenden Beilegung des Konfliktes zu kommen.

Die Forderung der Bergarbeiter

Bochum, 23. Januar.

In einer Konferenz von etwa 700 Delegierten des alten Bergarbeiterverbandes aus dem ganzen Ruhrbezirk wurde einstimmig **eine Entschließung angenommen, in der unter Hinweis auf die zu niedrige Entlohnung und die erhöhten Anforderungen an die Kräfte der Bergarbeiter durch die Mechanisierung und das Antreibesystem eine bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert sowie die Organisationsleitung beauftragt wird, zum 30. April die Kündigung des Lohntarifs und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen.** Zu bemerken ist, daß die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens, für das eine zweimonatige Kündigungsfrist besteht, spätestens am 1. März, die des Lohntarifs, der mit einmonatiger Kündigungsfrist läuft, spätestens am 1. April erfolgen muß.

Die Besprechung wurde eingeleitet durch ein ausführliches Referat des Führers des alten Bergarbeiterverbandes, des Reichstagsabgeordneten Husemann, über die Lage der Bergarbeiter, in dem er u. a. darauf hinwies, daß der Reallohn für die gesamte Belegschaft nur 97 Prozent, für die Hauer sogar nur 93 Prozent des Friedenslohnes betrage und daß in der Entlohnung die Bergarbeiter an 15. Stelle von insgesamt 24 Berufen ständen. Der Redner erklärte dann weiter, bei der Einstellung der Arbeitgeber sei mit freiwilligen Zugeständnissen nicht zu rechnen. Die Arbeiterschaft müsse sich deshalb mit dem Gedanken des Streiks vom 1. Mai ab vertraut machen. In der mehr als vierstündigen Diskussion, die dem Referat Husemanns folgte, wurde u. a. die Abschaffung der Gedingelöhne überhaupt und die Bezahlung nach festen Sätzen sowie die Kündigung nicht nur des Lohntarifes sondern auch des Ueberarbeitsabkommens gefordert.